

Haiti nach Aristide: die Konturen der Krise

Nissen, Astrid

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nissen, A. (2004). *Haiti nach Aristide: die Konturen der Krise*. (Brennpunkt Lateinamerika, 4). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444120>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 4

29. Februar 2004

ISSN 1437-6148

Haiti nach Aristide: Die Konturen der Krise

Astrid Nissen

Zum Jahreswechsel feierte die Republik Haiti das 200. Jubiläum ihrer Unabhängigkeit. Doch es war weniger dieser besondere historische Anlass, der uns den karibischen Staat in die Erinnerung zurückgerufen hat, als vielmehr die Eskalation der politischen und schließlich bewaffneten Auseinandersetzungen. Am Morgen des 29. Februar 2004 schließlich trat Präsident Jean-Bertrand Aristide von seinem Amt zurück und verließ das Land. Gemäß der haitianischen Verfassung wurde der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes, Boniface Alexandre, zum Übergangspräsidenten ernannt. Ein aus verschiedenen politischen Kräften zusammengesetzter „Ältestenrat“ soll nunmehr einen neuen Premierminister benennen und dieser ein neues Kabinett. Die internationale Gemeinschaft unter Führung der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Kanadas will bis zu 5.000 Soldaten im Land stationieren. Diese durch ein auf drei Monate begrenztes Mandat des UN-Sicherheitsrates legitimierte Eingreiftruppe soll zunächst für die Schaffung eines sicheren Umfelds sorgen und könnte anschließend von einer längerfristigen UN-Mission abgelöst werden. Der in die Krise geratene Demokratisierungsprozess Haitis steht einmal mehr an einem Wendepunkt.

Der lange Weg der Eskalation

Die aktuellen Ereignisse in Haiti erscheinen der internationalen Öffentlichkeit weithin als ein spontaner Ausbruch von Gewalt und allgemeinem Chaos. In Wirklichkeit sind sie jedoch die unmittelbare Äußerung eines langen, konfliktiven Prozesses der Staatsbildung, der erneut – wie schon mehrfach in der jüngeren Geschichte des Landes – in eine manifeste Krise geraten ist. Ein genaues Anfangsdatum der gegenwärtigen Krise zu benennen ist fast unmöglich. Aber spätestens seit den umstrittenen Wahlen im Jahr 2000 (zu den Parlaments- und Kommunalwahlen vgl. Brennpunkt Lateinamerika 14-00; zu den Präsi-

dentschaftswahlen vgl. Brennpunkt Lateinamerika 23-00) haben sich die Fronten in der politischen Auseinandersetzung zwischen der Partei *Fanmi Lavalas* (FL) des Präsidenten Aristide auf der einen und den im Bündnis *Convergence Démocratique* (CD) zusammengeschlossenen Oppositionsparteien auf der anderen Seite kontinuierlich verhärtet. Eine wirkliche Bereitschaft, einen Ausgang aus der Krise über den Weg des politischen Dialogs zu erreichen, war dabei auf beiden Seiten nur sehr schwer zu erkennen. Die tief in der politischen Kultur des Landes verwurzelte Mentalität des „Alles-oder-Nichts“ ist hier klar zum Ausdruck gekommen.

Abb. 1: *Convergence Démocratique* (CD)

Bei der Oppositionsallianz *Convergence Démocratique* (CD) handelt es sich um ein Bündnis mindestens 15 verschiedener politischer Parteien und Gruppierungen. Die wichtigsten davon sind:

- OPL (*Organisation du Peuple en Lutte*) unter Führung von Gérard Pierre-Charles;
- KID (*Konfederasyon Inite Demokratik*) unter Führung von Evans Paul;
- PANPRHA (*Parti National Progressiste Haitien*) unter Führung von Serge Gilles, Mitglied der Sozialistischen Internationale;
- CONACOM (*Congrès National des Mouvements Démocratiques*) unter Führung von Victor Benoît und Micha Gaillard, Mitglied der sozialistischen Internationale;
- MOCHRENA (*Mouvement Chrétien pour une Nouvelle Haïti*) unter Führung des protestantisch-fundamentalistischen Pastors Luc Mésadiou;
- MDN (*Mouvement pour le Développement National*) unter Führung von Hubert de Ronceray, ehem. Sozialminister unter Jean-Claude Duvalier.

Die anderen Parteien und Gruppierungen sind weitgehend bedeutungslos. Nicht nur im Hinblick auf die politisch-ideologische Ausrichtung sondern auch in Bezug auf Mitgliederzahlen und Organisationsstrukturen ergibt sich ein sehr heterogenes Bild. Der gemeinsame Nenner war die Opposition gegen das Regime von Aristide. Darüber hinaus jedoch ist bislang noch kein geschlossenes politisches Programm entwickelt worden. Internationale Unterstützung erhält das Bündnis unter anderem aus konservativen US-amerikanischen Kreisen sowie in Einzelfällen auch von sozialdemokratischen Parteien aus Lateinamerika und Europa.

Nachdem es bei den Parlamentswahlen im Sommer 2000 zu Wahlfälschungen zu Gunsten der *Fanmi Lavalas* gekommen war, trat die Opposition mit der so genannten *option zero* auf: Sie forderte nicht nur die komplette Annullierung des ersten Wahlgangs – aus dem die FL auch ohne die Fälschungen als deutliche Siegerin hervorgegangen wäre –, sondern auch den Rücktritt des damaligen Präsidenten René Preval und seines Kabinetts sowie die Einsetzung einer Übergangsregierung, die mit der Durchführung von allgemeinen Wahlen betraut sein sollte. Trotz der Bemühungen des stellvertretenden Generalsekretärs der OAS, Luigi Einaudi, konnte kein Kompromiss gefunden werden.

Während die Übergriffe auf Politiker der Opposition durch gewaltbereite Anhänger Aristides in den folgenden Monaten zunahmen, wurden im November 2000 die Präsidentschaftswahlen durchgeführt. Boykottiert von allen wichtigen Oppositionsparteien und faktisch ohne ernstzunehmenden Gegenkandidaten ging Aristide aus diesem Urnengang mit rund 92% der abgegebenen Stimmen als Sieger hervor. Nicht zuletzt aufgrund der weit auseinander liegenden Angaben über die Wahlbeteiligung wurden Stimmen laut, die die Legitimität des auf diese Weise bestimmten Präsidenten in Frage stellten. So ließ die Parteispitze der *Fanmi Lavalas* verkünden, die Wahlbeteiligung habe bei 70% gelegen. Die

Opposition ihrerseits teilte mit, dass nur etwa 5% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben hätten. Unabhängige Quellen sprechen von 20-25%, und der der *Fanmi Lavalas* nahestehende Wahlrat (CEP – *Conseil Électoral Provisoire*) nannte schließlich eine Quote von 60,5%. Die wichtigsten internationalen Geber (USA, EU, Interamerikanische Entwicklungsbank) reagierten mit der Einstellung der finanziellen Hilfe an die haitianische Regierung.

Nach den Wahlen versuchte Aristide den Vorbehalten im In- und Ausland entgegenzutreten, indem er erklärte, dass er Haiti mit der Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen regieren werde. Vor allem an die internationale Gemeinschaft gerichtet, deren finanzielle Unterstützung er für die Umsetzung der ehrgeizigen und mit großem populistischen Geschick formulierten Projekte etwa im Gesundheits- und Bildungssektor brauchte, sprach er sich für eine Fortsetzung des Dialogs mit der Opposition aus.

Zu einem solchen Dialog kam es allerdings nicht. Die Opposition untermauerte ihre Nichtanerkennung der Wahlergebnisse mit der Ernennung von Gérard Gourgue zum „Gegenpräsidenten“. Im Rahmen einer „Inaugurationsfeier“, die parallel zum offiziellen Akt der Einsetzung von Präsident Aristide Anfang Februar 2001 stattfand, sprach sich Gourgue nicht nur für die Wiedereinführung der Armee aus, son-

dem rief auch die vor einer Strafverfolgung ins Ausland geflohenen Mitglieder der Militärjunta von 1991 bis 1994 dazu auf, für diesen Zweck nach Haiti zurückzukehren. Menschenrechtsorganisationen zeigten sich entsetzt. Sie forderten neben einer weiteren strafrechtlichen Verfolgung der Verantwortlichen der Unrechtstaten während des Militärregimes auch eine Verfassungsänderung, die die endgültige Abschaffung der haitianischen Armee – die auf der Basis eines präsidentiellen Dekrets durchgeführt worden war – festschreiben sollte.

Es ist kein Zufall, dass es in den folgenden Monaten vermehrt zu gewaltsamen Vorfällen kam, an denen ehemalige Militärs beteiligt waren. Beispiele dafür sind die Überfälle auf mehrere Polizeistationen in Port-au-Prince und im *Plateau Central* im Juli 2001 sowie der bewaffnete Angriff auf den Nationalpalast im Dezember des gleichen Jahres. Von der Regierung als Putschversuch der Opposition verurteilt, kam es danach in verschiedenen Teilen des Landes zu Racheakten von Pro-Aristide-Gruppen gegen Personen und Einrichtungen der Opposition.

Während sich also die Fronten im politischen Konflikt zunehmend verhärteten, versuchte die OAS geradezu verzweifelt, die Parteien doch noch zu einem Kompromiss zu bewegen. Im September 2002 verabschiedete die Vollversammlung der Regionalorganisation die Resolution 822, die folgende zentrale Punkte beinhaltet:

- 1) Verbesserung der allgemeinen Sicherheitslage durch ein umfangreiches Entwaffnungsprogramm sowie die strafrechtliche Verfolgung der Gewaltakte im Dezember 2001;
- 2) Reparationszahlungen an die Opfer dieser Gewalt;
- 3) Einberufung eines neuen, neunköpfigen Wahlrats bestehend aus je einem Vertreter der FL und der CD sowie anderer politischer Parteien, der katholischen Bischofskonferenz, der Föderation protestantischer Kirchen, der episkopalen Kirche, des Justizsektors, der Privatwirtschaft und der Menschenrechtsorganisationen;
- 4) Durchführung von Parlaments- und Kommunalwahlen im März 2003;
- 5) Wiederaufnahme der bilateralen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit mit Haiti.¹

¹ Der Text der Resolution ist nachzulesen unter www.oas.org/OASpage/Haiti_situation/cpres822_02fre.htm.

Doch auch dieses Handlungsfenster blieb ungenutzt. Die Regierung kam zwar einigen Forderungen nach, doch der Opposition erschienen die Maßnahmen nicht weitreichend genug. Sie ließ die Frist für die Benennung der Vertreter im Wahlrat verstreichen und forderte immer vehementer den Rücktritt Aristides.

Ohne die offensichtlichen und eklatanten Schwächen der Administration unter Aristide, die von zahlreichen Skandalen gekennzeichnet war, herunter spielen zu wollen, muss man doch auch das spätestens zu diesem Zeitpunkt sichtbar werdende politische Kalkül der Opposition in Frage stellen. So nahm man es offenbar billigend in Kauf, dass die Nichtumsetzung der OAS-Forderungen auch die weitere Blockade der dringend benötigten Hilfsgelder nach sich ziehen würde. Der Kampf um die Macht, den die Opposition zumindest zu diesem Zeitpunkt noch nicht an der Wahlurne für sich hätte entscheiden können, wurde einmal mehr auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen.

Abb. 2: Sozioökonomische Grunddaten Haitis

Bevölkerung (in Mio.)	8,1
Anteil der städtischen Bevölkerung (in %)	36,3
Anteil der Bevölkerung unter 15 Jahre (in %)	39,8
Lebenserwartung	49,1
Analphabetenquote (in % der Bevölkerung über 15 Jahre)	49,2
Pro-Kopf-Einkommen (PPP US-\$)	1.860

Quelle: Human Development Report 2003 (www.undp.org/hdr2003/)

Im Dezember 2002 betrat schließlich ein neuer Akteur die Bühne der politischen Auseinandersetzungen: die so genannte „Gruppe der 184“.² In dieser zivilgesellschaftlichen Initiative haben sich Vertreter aus 13 verschiedenen Sektoren der haitianischen Gesellschaft – darunter neben Unternehmer- und Industrieverbänden auch Künstler und Intellektuelle – zusammengefunden. Sie präsentierte sich der nationalen und internationalen Öffentlichkeit als „Kommunikationsraum“ zur Überwindung des gestörten politischen Dia-

² Weitere Informationen sowie eine Liste aller Mitglieder findet sich auf der Homepage der „Gruppe der 184“ unter www.group184.org/.

logs und zur Formulierung eines neuen Gesellschaftsvertrags. In der ersten Hälfte des darauf folgenden Jahres organisierte die „Gruppe der 184“ die so genannte „Karawane der Hoffnung“, mit der sie in allen neun Departements des Landes für die Unterstützung ihres Projektes warb. Dabei kam es mehrfach zu Auseinandersetzungen mit Anhängern des Präsidenten Aristide.

Auch wenn die Gruppe auf den ersten Blick ein sehr breites Spektrum der haitianischen Gesellschaft vertritt, so wird sie doch von einigen wenigen, äußerst finanzkräftigen Personen der Mittel- und Oberschicht dominiert. Dazu gehört auch der Sprecher der Gruppe, André Apaid, ein 52-jähriger Unternehmer mit US-amerikanischer Staatsbürgerschaft, der in Haiti und in den Vereinigten Staaten mehrere Fabriken besitzt und sich als äußerst geschickt im *fundraising* erwiesen hat.³ Zwar betonte er öffentlich immer wieder, er habe keine politischen Ambitionen, aber er verfügt inzwischen doch über großen Einfluss und hat die wesentlichen Entscheidungen der Opposition mitbestimmt.

Auch wenn die Hintergründe und Motivationen der „Gruppe der 184“ teilweise diffus bleiben, so bleibt zu konstatieren, dass das Auftreten dieses Akteurs erheblich zu einer breiten, gesellschaftlichen Mobilisierung beigetragen hat. Dies zeigt sich zum Beispiel in der zunehmenden Zahl und Größe der Demonstrationen, auf denen in Port-au-Prince und in anderen Städten der Unmut gegen das Regime zum Ausdruck gebracht wurde. Regelmäßig eskalierten die Protestkundgebungen in gewaltsame Auseinandersetzungen. Wie schon vielfach zuvor nahm die Polizei, deren zunehmende Politisierung nicht nur Menschenrechtsorganisationen anmahnen, dabei häufig eine unrühmliche Rolle ein, indem sie entweder massiv gegen die Regierungsgegner vorging oder aber gar nicht einschritt. Einen vorläufigen Höhepunkt fand diese Entwicklung im Dezember 2003, als es fast täglich zu großen Demonstrationen kam.

Angesichts dieser Lage geriet die Regierung Aristide immer weiter unter Druck. In Port-au-Prince kam es zu massiven Protesten von Schülern

³ Auch von der EU hat die „Gruppe der 184“ Gelder erhalten. Diese wurden über die ebenfalls von Apaid gegründete „Stiftung Neues Haiti“ (FNH – *Fondation Nouvelle Haiti*) sowie an den Vorsitzenden der „Initiative der Zivilgesellschaft“ (ISC – *Initiative de la Société Civile*), Rosny Desroches, ausgezahlt. Beide Organisationen sind Teil der „Gruppe der 184“. Vgl. dazu die Erklärung der *Haiti Support Group* vom 11.11.2003 unter <http://haitisupport.gn.apc.org>.

und Studenten, die sich insbesondere gegen die Bestrebungen der Regierung richteten, die Autonomierechte der staatlichen Universität (*L'Université d'Etat d'Haiti*) erheblich zu beschneiden. Als es bei der Niederschlagung der Proteste zu zahlreichen Toten kam, traten die Bildungsministerin, der Umweltminister sowie die Ministerin für Tourismus von ihren Ämtern zurück.

Scheinbar unbeeindruckt von dieser Entwicklung bereitete die Staatsführung die Feierlichkeiten zum 200. Jahrestag der Unabhängigkeit Haitis vor. Auch die Opposition nutzte das vergleichsweise große internationale Interesse und intensivierte ihre Bestrebungen, Aristide zu entmachten. Proteste und gewalttätige Ausschreitungen ließen den historischen Moment – an dem als einziger ausländischer Staatschef der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki teilnahm – zur Farce und zum Schauplatz eines manifesten Machtkampfes verkommen.

Aristide und die *Chimères*: „Die Geister, die ich rief ...“

Im Zusammenhang mit der derzeitigen Krise ist immer wieder von den so genannten *Chimères* die Rede. Dabei handelt es sich um äußerst gewaltbereite Gruppen, die sich vorwiegend aus den marginalisierten Bevölkerungsschichten des Landes rekrutieren und die in einem klientelistischen Verhältnis zum Aristide-Regime stehen. Im Gegensatz zu den *Organisations Populaires*, die die radikalisierte und teilweise ebenfalls gewaltbereite Basis der Partei darstellen, liegt den Aktionen der *Chimères* keine genuin politische Motivation zugrunde. Es sind im kriminellen Milieu verankerte Banden, und die Logik der Beziehung zur Partei und/oder zum Präsidenten beruht auf einem materiellen Austauschverhältnis – Gewalt gegen Geld, beziehungsweise Sicherstellung des Zugangs zu den Märkten der Schattenökonomie des Landes. Insbesondere Haitis Bedeutung als Umschlagplatz des internationalen Drogenhandels eröffnet den Akteuren lukrative Einnahmequellen.

Von Aristide in seinem Kampf gegen die Opposition eingesetzt, hat sich dieses politische Instrument mit der Zeit zunehmend verselbstständigt. Die Akteure haben ein eigenständiges Machtpotenzial entwickelt, welches sich nunmehr teilweise – vor allem in den ländlichen, weiter vom Machtzentrum Port-au-Prince entfernten Provinzen – gegen den Präsidenten und seine Interessen gerichtet hat. Dieser Prozess der Fragmentierung der Macht und die sich daraus

ergebenen Schwierigkeiten einer Einhegung lassen sich über Haiti hinaus in zahlreichen so genannten „schwachen Staaten“ beobachten. Die Vermischung der staatlichen Sphäre mit dem kriminellen Milieu beispielsweise in Serbien liefert einen interessanten Vergleichsfall.

Nicht zuletzt auf internationalen Druck hatte Aristide in der Vergangenheit einige Bandenchefs buchstäblich ans Messer geliefert. Prominentestes Beispiel ist sicherlich Amiot „Cubain“ Métayer, der Anführer der so genannten *Armée Cannibale*, eine dieser Banden, die vom Regime für ihre Ziele eingesetzt worden war. In einem Untersuchungsbericht der OAS über die Umstände des mutmaßlichen Putschversuchs am 17. Dezember 2001 wird Métayer als einer der Hauptverantwortlichen für die Übergriffe auf das Parteilokal der MOCHRENA in Gonaïves und deren Vorsitzenden, Pastor Mésadiou, genannt. Die Regierung wurde dringend aufgefordert, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um eine Zeugenaussage von Métayer zu erreichen.⁴ Nur wenige Wochen nach seiner Verhaftung befreite ihn seine Gefolgschaft im August 2002 zusammen mit rund 150 weiteren Insassen aus dem Gefängnis in Gonaïves. Weitgehend unbehelligt von den Sicherheitskräften und dem Justizapparat konnte Métayer in der Folgezeit seinen Aktivitäten nachgehen. Im Konzert mit Jean Pierre Baptiste alias „Jean Tatoune“, der während des Militärregimes 1991-1994 als lokaler Führer der paramilitärischen FRAPH (*Front Révolutionnaire pour l'Avancement et le Progrès Haitien*) von sich Reden machte und der bis zur Gefängnisbefreiung eine lebenslange Haftstrafe für seine Beteiligung am Raboteau-Massaker im April 1994 verbüßte, braute sich nunmehr die militante Front gegen Aristide zusammen. Im September 2003 wurde Métayer nahe Gonaïves ermordet aufgefunden, und die Gerüchte über einen direkten Zusammenhang zwischen dieser Tat und den Auseinandersetzungen mit dem *Lavalas*-Regime trugen unmittelbar zur Eskalation der Gewalt bei.

Da wir es hier nicht mit in erster Linie politisch handelnden Akteuren zu tun haben, wäre es naiv zu glauben, dass sich die grundsätzliche Problematik, die dieses Beispiel verdeutlichen soll, mit dem Rücktritt von Aristide in Luft auflöst. Der Nährboden für die Fragmentierung der Macht und die daraus resultierenden Formen der Gewalt ist in den strukturellen Widersprüchen

des Landes angelegt, die sich sowohl in der Dysfunktionalität des Staates als auch in der Armut und vor allem in der Perspektivlosigkeit der Jugendlichen manifestieren. Will man zu einer wirklichen Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung Haitis gelangen, so gilt es für alle beteiligten Akteure – nationale wie internationale –, ihren Beitrag zur Auflösung dieser Widersprüche und zur Stärkung der staatlichen Strukturen zu leisten.

Die Dominanz der bewaffneten Akteure

Seit am 5. Februar verschiedene bewaffnete Kommandos erste Städte und Ortschaften im Norden des Landes eingenommen hatten, eskalierte die Lage täglich und der bewaffnete Widerstand gewann zusehends an Dynamik. Am 22. Februar überfielen die Rebellen zunächst den internationalen Flughafen von Cap-Haitien, der zweitgrößten Stadt des Landes, um im Anschluss daran das Kommissariat der Polizei und andere öffentliche Gebäude einzunehmen, zu plündern und schließlich in Brand zu setzen. Der Überfall war seit mehreren Tagen erwartet worden und ein großer Teil der Polizeitruppen vor Ort hatte die Stadt bereits vorher verlassen. Damit waren bis zum Ende des Monats so gut wie alle entscheidenden Städte und Ortschaften der fünf Departements im Norden des Landes unter der Kontrolle der bewaffneten Bewegung, und es erschien tatsächlich nur noch eine Frage der Zeit, bis auch die Hauptstadt in die Hände der Aufständischen fallen würde. Der vergleichsweise geringe Widerstand ist wohl am besten damit zu erklären, dass die Polizei, die seit der Auflösung der Armee die einzigen Sicherheitskräfte stellt, schon lange – vor allem in den Provinzen außerhalb der Hauptstadt – unter Personalmangel, einem erheblichen Ausbildungsdefizit und der schlechten Ausrüstung, die ihnen für die Durchsetzung ihrer Ordnungsfunktion zur Verfügung steht, leidet.

Während die ersten militärischen Aktionen von kleinen, lokalen, ursprünglich von der Partei *Fanmi Lavalas* ausgerüsteten Banden durchgeführt wurden, bildete sich in der Folge eine zentrale Führung und Koordination der Verbände heraus, die nun als *Front pour la Libération et la Reconstruction National* (FLRN – Front für die Befreiung und den nationalen Wiederaufbau) firmierte.

⁴ Vgl. den Bericht der OAS-Kommission unter www.oas.org/OASpage/Haiti_situation/cpinf4702_02_fre.htm.

Abb. 3: Karte der Republik Haiti



Quelle: www.lib.utexas.edu/maps/americas/haiti.gif

Bei den Anführern dieser Bewegung handelt es sich um ausgewiesene Gewaltspezialisten, die ohne Frage auch bei der nunmehr anstehenden Neuordnung des Machtgefüges in Haiti eine zentrale Rolle spielen wollen.⁵ Guy Philippe, 36 Jahre alt, ist ein Ex-Militär, der nach dem Putsch von 1991 zusammen mit einigen anderen Offizieren von US-amerikanischen Spezialeinheiten in Ekuador ausgebildet wurde. Nach der Auflösung der Armee wurde er in die neu geschaffene Polizei integriert und war zwischen 1997 und 1999 Chef der Polizei in Delmas (einem Stadtteil von Port-au-Prince) und danach in Cap-Haïtien, der zweitgrößten Stadt. Nach Angaben der internationalen zivilen Beobachtermission der OAS kam es während seiner Dienstzeit in Delmas zu extralegalen Exekutionen von Gang-Mitgliedern. Im Oktober 2000 flüchtete Guy Philippe aus Haiti nachdem sich Gerüchte verdichteten, er sei an Umsturzplänen gegen die Regierung beteiligt

⁵ Vgl. zu den folgenden Ausführungen auch die Stellungnahmen der *Haiti Support Group* (<http://haiti.support.gn.apc.org>) sowie von Amnesty International (<http://web.amnesty.org/library/eng-hti/news>).

gewesen. Auch in die Überfälle auf Polizeistationen in der Hauptstadt und im *Plateau Central* im Juli 2001 sowie in die spektakuläre Attacke auf den Nationalpalast im Dezember 2001 soll er verwickelt gewesen sein. Philippe präsentierte sich in den letzten Wochen vor allem auch den internationalen Medien als ein äußerst rational und strategisch denkender Mensch, der die politische Motivation der bewaffneten Bewegung in den Vordergrund stellte.

Auch ein weiterer Anführer der militärischen Rebellen ist kein unbeschriebenes Blatt: Louis Jodel Chamblain war der zweite Mann in der paramilitärischen Organisation FRAPH, die während des Militärregimes zwischen 1991 und 1994 für zahlreiche schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht wird. Eines der prominenten Opfer der FRAPH ist der Justizminister Guy Malary, der im Oktober 1993 zusammen mit seinem Leibwächter und Fahrer erschossen wurde. An der Planung dieses Attentats war auch Emmanuel „Toto“ Constant, der Anführer der FRAPH, beteiligt, der bis heute unbehelligt im New Yorker Stadtteil Queens lebt. Im Sep-

tember 1995 wurden Chamblain und sieben weitere Militärs und Paramilitärs in Abwesenheit zu lebenslanger Haft für die Beteiligung am Mord an Antoine Izméry, einem bekannten politischen Aktivist der Demokratiebewegung, im September 1993 verurteilt. Um der Strafverfolgung zu entgehen, setzte sich Chamblain in die Dominikanische Republik ab.

Auch der so genannte Kommandant Ravix, der maßgeblich an der Einnahme von Hinche am 16. Februar beteiligt war, ist Menschenrechtsorganisationen ein Begriff. Nach einem Bericht der Inter-Amerikanischen Menschenrechtskommission aus dem Jahr 1988 war Ernst Ravix Militärkommandeur in Saint Marc und Anführer der paramilitärischen Gruppierung *Sans Manman* („Die ohne Mütter“). Auf die Versuche der Regierung unter Leslie Manigat, den Schmuggel und die Korruption in der Hafenstadt einzuschränken, antwortete Ravix – offensichtlich selbst in die dunklen Geschäfte verwickelt – indem er weite Teile der Bevölkerung gegen den Präsidenten mobilisierte. Von Manigat entlassen, wurde er von General Namphy, der sich im Juni 1988 an die Macht geputscht hatte, wieder auf seinem Posten eingesetzt. Für die folgenden Jahre gibt es keine Informationen über Ravix. Erst im Zusammenhang mit dem Sturm auf den Präsidentenpalast im Dezember 2001 tauchte sein Name wieder auf. Nach Angaben eines beteiligten Ex-Militärs, der von den Sicherheitskräften gefangen genommen wurde, soll Ravix an der Aktion beteiligt gewesen und im Anschluss ebenfalls in die Dominikanische Republik geflüchtet sein. Insbesondere Ravix untermauerte in den letzten Wochen in Interviews die Forderung nach einer Reetablierung der Armee.

Die Folgen für die Bevölkerung

Das allgemeine Chaos in den nördlichen Provinzen und in der Hauptstadt hatte besorgniserregende Auswirkungen auf die ohnehin prekäre humanitäre Situation. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes meldete, dass die Versorgung von Verletzten und Kranken in vielen Regionen nicht mehr gewährleistet werden kann. Straßensperren und andere Hindernisse verhinderten die Versorgung der Hospitäler mit dringend benötigten Medikamenten; das medizinische Personal weigerte sich teilweise aus Angst um die eigene Sicherheit, seinen Dienst auszuführen. Auch die Versorgung mit Lebensmitteln scheint in einigen Regionen gefährdet. Die Deutsche Welthungerhilfe beispielsweise, die im

Norden des Landes Projekte zur Sicherung der Lebensmittelversorgung sowie zur ländlichen Entwicklung durchführt, äußerte sich sehr besorgt über die Lage und zog die deutschen und haitianischen Projektmitarbeiter ab. Beobachter befürchten, dass es zudem zu erheblichen Verzögerungen bei der Aussaat von Getreide im fruchtbaren Artibonite-Tal, dem „Brotkorb“ Haitis, kommen wird. Blicke die nächste Ernte aus, so hätte dies katastrophale Auswirkungen. Bereits jetzt sind überall im Land die Preise für Grundnahrungsmittel, Kohle und Benzin in die Höhe geschossen.

Im Anschluss an den Einmarsch der Rebellen ist es in fast allen Städten zu Plünderungen und Brandschatzungen gekommen. Nicht nur öffentliche Gebäude wie Rathäuser und Polizeistationen, sondern vor allem auch Läden und Kaufhäuser fielen dem Ansturm zum Opfer. In welchem Ausmaß es – der traurigen Tradition des *déchoukaj*⁶ entsprechend – dabei zu Übergriffen auf Lavalas-Anhänger gekommen ist, wird wohl erst die Aufarbeitung der Ereignisse erweisen. Einmal mehr in der Geschichte des Landes steht die Bevölkerung vor einem Scherbenhaufen. Der Aufbau von neuen Strukturen wird nicht nur Zeit, sondern auch viel Kraft erfordern. Haiti ist dabei auf die Hilfe der internationalen Gemeinschaft angewiesen.

Das Dilemma der internationalen Gemeinschaft

Die Geschichte der Beziehungen zwischen Haiti und der internationalen Gemeinschaft ist lang und problematisch. Angefangen beim Verhalten der hegemonialen Mächte nach der Unabhängigkeit der Republik, welches sich von kalkulierter Ignoranz zu erpresserischer Ausbeutung entwickelte,⁷ ließe sich eine Linie herausarbeiten, die

⁶ *Déchoukaj* ist ein kreolischer Ausdruck, der übersetzt „herausziehen“, „entwurzeln“ bedeutet. Im Rahmen der Demokratiebewegung nach dem Sturz der Duvalier-Diktatur wurde dieser Begriff sowohl symbolisch für die angestrebte Reinigung des politischen Systems von den Spuren der Diktatur benutzt als auch für die physischen Übergriffe auf die Anhänger des alten Regimes, die im Rahmen einer grausamen Lynchjustiz durchgeführt wurden.

⁷ Im Vorfeld der Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag brachte Aristide die Forderung nach einer Rückzahlung der Summe auf, die Frankreich 1825 für die Anerkennung der jungen Republik gefordert und erhalten hatte. Die Summe, die mit Zins und Zinseszins auf astronomische US\$ 21,7 Mrd. beziffert wurde, sollte man wohl eher als ein Symbol dafür betrachten,

das klar interessengesteuerte Verhältnis unterstreicht. Dabei wurde zumeist der kurzfristigen Befriedigung von Machtansprüchen und der Durchsetzung von nationalen Interessen der Vorrang vor einer langfristigen Unterstützung bei der Umsetzung von strukturellen politischen Programmen gegeben. Auch die Formierung der Positionen der internationalen Gemeinschaft im Verlauf der letzten Wochen und Monate veranschaulicht dies.

Die OAS, die seit vielen Jahren – allerdings durch die knappen finanziellen Ressourcen stark eingeschränkt – in Haiti aktiv ist, hatte zunächst die führende Rolle inne. Alle ihre Vermittlungsversuche scheiterten jedoch. Mit der zunehmenden Eskalation der Auseinandersetzungen stellte sich das Problem, dass die Bemühungen zur Einhegung des Konfliktes auf der Basis einer konstitutionellen Lösung beruhen mussten, wollte man nicht einen Präzedenzfall für andere Konflikte schaffen. So zeigt aktuell das Beispiel Venezuelas, wie schwierig das Agieren der OAS ist, wenn es sich nicht wie beim Putschversuch vom April 2002 um einen offenen Verfassungsbruch handelt. Auf dem Amerikagipfel in Quebec im April 2001 beauftragten die amerikanischen Staatschefs die OAS mit der Vorbereitung einer Interamerikanischen Demokratie-Charta, durch die die bestehenden Instrumente der OAS zur aktiven Verteidigung der Demokratie gestärkt werden sollen. Hier wurde außerdem eine Demokratie-Klausel verabschiedet, gemäß der die nicht verfassungskonforme Veränderung oder der Bruch der demokratischen Ordnung ein Ausschlusskriterium für die Mitarbeit bei der amerikanischen Gipfeldiplomatie darstellt.⁸

Gemeinsam mit der CARICOM (Gemeinschaft der karibischen Staaten), die Ende Januar einen Aktionsplan verabschiedet hatte, setzte sich die OAS für die Umsetzung der darin enthal-

das sich die ehemaligen Kolonialmächte ihrer historischen Verantwortung stellen müssen. Mit der Einsetzung einer Kommission unter Leitung des Historikers Régis Debray hat Frankreich einen ersten Schritt getan, der in einen Bericht mit sehr konkreten Empfehlungen mündete (vgl. www.france.diplomatie.fr/actual/pdf/rapport_haiti.pdf).

⁸ Zu den Grundlagen und Veränderungen des Engagements der OAS im Bereich der Sicherheitspolitik und Demokratieförderung siehe Sabine Kurtenbach (2004): OAS – Vom Instrument der US-Politik zur demokratischen Sicherheitsgemeinschaft?, in: Mir A. Ferdowsi (Hrsg.): Sicherheit und Frieden zu Beginn des 21. Jahrhunderts. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

tenen Vorschläge ein. Die Vertreter der Opposition, die zu einem Treffen mit den Staatschefs von Trinidad und Tobago, Jamaika und Bahamas zusammenkamen, lehnten den Vorschlag ab, da er nicht den Rücktritt von Aristide vorsah. Aristide seinerseits erklärte sich zu einem Treffen mit der Opposition auf Jamaika bereit. Auch sagte er die Umsetzung der zentralen Forderungen nach Entwaffnung der ihm loyalen *Chimères*, die Gewährleistung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie die Reformierung der Polizei zu. In der Folge der weiteren Ereignisse, traten die Bemühungen der OAS und CARICOM in den Hintergrund und wurden von der Einflussnahme der Vereinigten Staaten und Frankreichs überrollt.

Während Washington sich zunächst im Anbetracht der eskalierenden Situation vergleichsweise zurückhaltend zeigte, verschärfte sich die Tonlage nach dem Vorpreschen der französischen Administration, deren Außenminister Villepin am 17. Februar erstmals die Möglichkeit einer militärischen Intervention ins Spiel gebracht hatte. Gemeinsam mit Frankreich und Kanada stellten sich die USA nunmehr kurzfristig hinter den OAS/CARICOM-Friedensplan. Hochrangige Vertreter der beteiligten Staaten unterbreiteten die Vorschläge am 20. Februar erneut der Regierung und der Opposition, deren Positionen sich jedoch nicht verändert hatten. Frankreich rückte in den folgenden Tagen von der Position ab, dass es eine Lösung mit Präsident Aristide geben könnte. Das Interesse Washingtons an einem langwierigen Machtpoker in der haitianischen Krise war aufgrund des anstehenden Wahlkampfes im eigenen Land gering. So wendete sich in der letzten Februarwoche das Blatt weiter gegen Aristide, als die Vereinigten Staaten nach Frankreich und Kanada den Präsidenten immer klarer zum Rücktritt drängten, um den Weg für eine Übergangsregierung frei zu machen. Er trage die Verantwortung für die derzeitige Situation und müsse nun die Konsequenzen daraus ziehen, hieß es aus dem *State Department*.

Die Position Frankreichs lässt sich als ein klarer Abgrenzungsversuch gegenüber den Vereinigten Staaten im Hinblick auf die jeweiligen Interessensbereiche und Einflussphären verstehen. Paris reklamiert für sich eine zentrale Rolle im Umgang mit Haiti als ehemaliger Kolonie und Mitglied der Gemeinschaft der frankophonen Länder. Die Eindeutigkeit, mit der Frankreich diese Haltung auch in afrikanischen Konflikten aufgezeigt hat, lässt die Rolle der Europäischen

Union, die zu den wichtigsten Gebern Haitis gehört, in den Hintergrund geraten. Die Tatsache, dass in Haiti selbst andere Mitglieder der EU, wie beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland, als neutrale Akteure in besonderem Maße geschätzt werden, sollte sich in der zukünftigen Politik der EU widerspiegeln.

Das Ende Aristides

Am Morgen des 29. Februar 2004 trat der Präsident Jean-Bertrand Aristide von seinem Amt zurück und verließ das Land. Dieser Schritt, den Aristide noch kurz zuvor kategorisch abgelehnt hatte, ist unter massivem Druck der Vereinigten Staaten und Frankreichs erfolgt. Aristides Abgang sollte dazu dienen, die chaotischen Zustände in weiten Teilen des Landes und vor allem in der Hauptstadt Port-au-Prince zu überwinden, ein weiteres Vordringen der aufständischen Rebellen zu verhindern und eine Fortsetzung des Blutvergießens zu vermeiden.

Die Diskussionen über die genauen Hintergründe des Abtritts Aristides liefern eine Basis für die Herausbildung eines neuen nationalen Mythos, der den anstehenden Neuanfang der Demokratisierung des Landes behindern könnte. Auf der internationalen Ebene zeichnen sich bereits Differenzen unter den beteiligten Akteuren ab.

So stellte der jamaikanische Premierminister Patterson im Namen der CARICOM die Verfassungsmäßigkeit des Rücktritts von Aristide aufgrund der Umstände, unter denen dieser erfolgt ist, in Frage. „Die Absetzung von Präsident Aristide unter derartigen Umständen setzt einen gefährlichen Präzedenzfall für demokratisch bestimmte Regierungen überall, da sie die Amtsenthebung von rechtmäßig gewählten Personen durch aufständische Kräfte befördern könnte“⁹. Innerhalb der Vereinigten Staaten scheint sich die Situation in Haiti und die Rolle der USA dabei zu einem Thema im Präsidentschaftswahlkampf zwischen Demokratischer und Republikanischer Partei zu entwickeln. Für Haiti selbst steht jedoch jetzt im Vordergrund, dass die neue Administration einen politischen Plan entwickeln muss, der eine tragbare Basis für den Ausgang aus der Krise liefert.

„Der König ist tot. Es lebe der König“? – Die Zukunft Haitis

Der Abgang von Jean-Bertrand Aristide ist also nicht das Ende der haitianischen Krise, sondern er markiert eine neue Phase mit veränderten Problemlagen. Es sollen daher im Folgenden einige Aspekte thematisiert werden, die für die Gestaltung der Zukunft Haitis eine wesentliche Rolle spielen.

Die führenden Köpfe der bewaffneten Bewegung haben einen klaren Anspruch auf eine Beteiligung an der Macht zum Ausdruck gebracht. Mit diesem Anspruch wird die neue Regierung umgehen müssen. Äußerungen der Rebellenführer und auch einiger anderer politischer Kräfte lassen die Wiedereinführung der Armee als eine Möglichkeit erscheinen, die in Erwägung gezogen wird. Eine weitere vorstellbare Option wäre die Integration der Kämpfer in die haitianische Polizei. Beides würde eine Amnestieregelung voraussetzen. Die oben aufgeführten Menschenrechtsverletzungen und Verwicklungen in kriminelle Machenschaften einiger Akteure blieben also ohne strafrechtliche Konsequenzen – und dies obwohl zum Teil bereits Gerichtsurteile für die Vergehen vorliegen. Ohne eine gleichzeitige Aufarbeitung der Vergangenheit wäre eine Amnestieregelung ein fataler Ausgangspunkt für die zukünftige Gestaltung der haitianischen Gesellschaft. Gerade die Wiedereinführung der Armee wäre nicht zuletzt auch auf der symbolischen Ebene das falsche Zeichen. Seit ihrer Formierung während der US-amerikanischen Besatzung von 1915 bis 1934 war sie immer ein Machtinstrument der Mittel- und Oberschicht, welches gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit eingesetzt wurde. Lässt sich die ehemalige Opposition auf diese Option ein, setzt sie ihre Stellung als demokratische und am Wohlergehen der Bevölkerung interessierte Alternative aufs Spiel.

Wie auch immer man den Forderungen der Rebellen begegnen wird, gilt es das grundsätzliche Sicherheitsproblem in Haiti zu lösen. Auf der einen Seite fehlt ein leistungsfähiger Justizapparat, der in der Lage ist, die Rechtssicherheit wiederherzustellen, und der allgemeinen Straflosigkeit ein Ende zu setzen. Um auf der anderen Seite dem hohen Ausmaß an Gewalt krimineller und politischer Natur Einhalt zu gebieten, müssen zeitgleich zur umfangreichen Entwaffnung aller irregulären Gruppen die staatlichen Sicherheitskräfte ausgebaut werden. Statt auf den historisch belasteten Ordnungsfaktor Armee zu setzen, sollten die bestehenden Sicherheitskräfte, also

⁹ Vgl. Agenturmeldung von Reuters, 29.2.2004.

die Polizei – ob mit der Integrierung von Rebellen oder nicht – reformiert und umstrukturiert werden. Wie verschiedene Beispiele von Programmen im Bereich der so genannten *security sector reform* zeigen, dürfen dabei nicht rein technokratische Fragen im Vordergrund stehen. Vielmehr muss eine Rückkopplung der Maßnahmen an das gesellschaftliche Konfliktpotenzial erfolgen. Aufbau und Umstrukturierung staatlicher Apparate können aber nicht das alleinige Mittel bleiben, um der Gewalt zu begegnen. Die zu Grunde liegenden strukturellen Konfliktursachen müssen auf breiter Basis bearbeitet werden.

Mit dem Rücktritt von Aristide ist nunmehr die ehemalige politische Opposition gefordert. Die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte, die sich im Kampf gegen Aristide zusammengetan haben, bieten ein äußerst heterogenes Bild, eine weiterführende Programmatik ist bislang nicht zu erkennen. Ferner wurde die Opposition zwar von einem stetig wachsenden Teil der Bevölkerung in ihrer Forderung nach einem Sturz des Aristide-Regimes unterstützt, aber dies stellt noch keine verlässliche politische Basis dar. Daher müssen die Parteien in und außerhalb der Hauptstadt Port-au-Prince ihre Strukturen ausbauen und ihre Programmatik vermitteln.

Auch innerhalb des Oppositionsbündnisses scheinen Konflikte vorgezeichnet. So steht zu befürchten, dass die progressiven Kräfte schon bald aus dem Bündnis herausgedrängt werden könnten, und die Vertreter der traditionellen politischen Klasse aus der Mittel- und Oberschicht die Alleinherrschaft für sich beanspruchen. Auf Grund der historisch ableitbaren starken Fokussierung der haitianischen Politik auf eine Person ist außerdem ein Machtkampf unter den Protagonisten wahrscheinlich. Das derzeit in der Verfassung verankerte präsidentielle Regierungssystem leistet dieser Tendenz bei einer schwachen Ausbildung der demokratischen Kontrollinstanzen und Parteistrukturen Vorschub.

Internetseiten mit aktuellen Informationen aus Haiti

Agence Haitienne de Presse (AHP):
www.ahphaiti.org

AlterPresse:
www.medialternatif.org/alterpresse/

Haiti Info:
www.haiti-info.com/

Haiti Press Network (HPN):
www.haitipressnetwork.com/

Haiti Support Group (HSG):
<http://haitisupport.gn.apc.org/>

Radio Métropole:
www.metropolehaiti.com

Aktuelle Literatur zu Haiti

Arthur, Charles (2002): *Haiti in Focus. A Guide to the People, Politics and Culture*, New York: Interlink Pub.

Dupuy, Alex (2003): *Who is Afraid of Democracy in Haiti? A Critical Reflection*, Haiti Papers No. 7, Washington, D.C.: Trinity College.

Erikson, Daniel (2004): *The Haiti Dilemma*, in: *Brown Journal of World Affairs*, Vol. 10, No. 2, S. 285-297.

Farmer, Paul (2003=): *The Uses of Haiti – Updated Edition*, Monroe: Common Courage Press.

Fatton, Robert Jr. (2002): *Haiti's Predatory Republic. The Unending Transition to Democracy*, Boulder/London: Lynne Rienner.

Saint-Gérard, Yves (2003): *Haiti 1804-2004. Entre mythes et réalités*, Paris: Le Félin.

Wargny, Christophe (2004): *Haiti n'existe pas. 1804-2004: deux cents ans de solitude*, Paris: Éditions Autrement.

Autorennotiz:

Astrid Nissen (M.A.) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Nachwuchsgruppe „Mikropolitik bewaffneter Gruppen“ am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihre derzeitigen Arbeitsschwerpunkte sind: Kriegsursachenforschung, Nachkriegsgesellschaften, Konfliktbearbeitung und -prävention, Transformation bewaffneter Gruppen. Regionale Schwerpunkte: Zentralamerika (insb. El Salvador und Nicaragua), Karibik (insb. Haiti).
 E-Mail: astrid.nissen@rz.hu-berlin.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Bert Hoffmann; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: publications@iik.duei.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

Institut für Iberoamerika-Kunde – Hamburg

LATEINAMERIKA ANALYSEN

ISSN 1619-1684

Themenschwerpunkt der neuen Ausgabe:

Neoinstitutionalismus in der Lateinamerikaforschung

Detlef Nolte: Presidentialism revisited: Gewaltentrennung und
Gewaltenverschränkung

Richard Ortiz Ortiz: Institutionelle Ansätze und die Präsidentialismusdebatte
in Lateinamerika

Hans-Joachim Lauth: Informelle Institutionen und die Messung
demokratischer Qualität

Fabrice Lehoucq: Political institutions, instability, and democratic performance

Jörg Faust: Theoretical progress, institutional economics, and development

Nr. 7, Februar 2004, 231 S., € 13,30
ISBN 3-936884-12-9

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8, 20354 Hamburg,

Tel. 040/41 47 82 27 - Telefax 040/41 47 82 41

E-Mail: publications@iik.duei.de - Internet: <http://www.duei.de/iik>

Institut für Iberoamerika-Kunde – Hamburg

**Sabine Kurtenbach / Mechthild Minkner-Bünjer /
Andreas Steinhilber (Hg.):**

Die Andenregion – neuer Krisenbogen in Lateinamerika

Frankfurt/M.: Vervuert 2003, 434 S.

ISBN 3-89354-523-9

**Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg
Band 59**

Politisch, wirtschaftlich und sozial häufen sich in den Andenländern seit Mitte der 90er Jahre die Krisenszenarien und negativen Schlagzeilen. Der Sammelband analysiert die Krise der Andenländer ebenso in ihrer regionalen und sektoralen Dimension (Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung, Drogenhandel, indigene Bewegungen, neue soziale Akteure, Menschenrechte) wie in ihrer spezifischen nationalen Ausprägung in Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela. Darüber hinaus werden die Reaktionen und der Umgang externer Akteure mit der Krise der Andenländer sowohl aus wissenschaftlicher wie aus praxisnaher Perspektive untersucht (Andenländerkonzept der Bundesregierung, die Wirtschaftsbeziehungen Deutschland – Andengemeinschaft, EU, Brasilien, USA). So unterschiedlich die Ansätze und Themen des vorliegenden Bandes auch sind, so machen sie doch eines deutlich: Nur wenn es gelingt schnell auf verschiedenen Ebenen und nicht nur gegenüber einzelnen Symptomen der Krise Ansätze für kreatives Krisenmanagement und ein integriertes Vorgehen zu identifizieren und umzusetzen, wird es der Region und den dort lebenden Menschen erspart bleiben, von der Krise ins Chaos abzurutschen.

Institut für Iberoamerika-Kunde, Alsterglaci 8, 20354 Hamburg

Tel. 040 / 41 47 82 01 – Fax 040 / 41 47 82 41

E-Mail: publications@iik.duei.de – <http://www.duei.de/iik>